



MAGAZIN



Thema

Ukraine Friedensarbeit in Zeiten des Krieges


Im Gespräch

Bundesministerin Svenja Schulze

Friedenspolitik


Alles ist anders?

Was Sie in diesem Heft erwartet

4 Thema 

Die ukrainische Zivilgesellschaft lebt
Wie forumZFD-Partner in Kriegszeiten helfen



8 Thema 

„Wir wollen ein freies und unabhängiges Land“
Im Gespräch mit Oksana Dovgoplova



10 Thema 

Jeder friedenslogische Schritt hilft
Wege aus der Kriegslogik



12 Thema 

Der Balkan darf nicht Putins nächstes Ziel werden
Die Region braucht eine EU-Perspektive



14 Im Fokus

16 Im Gespräch

„Schnelle, unbürokratische Hilfe ist das Gebot der Stunde“
Bundesministerin Svenja Schulze im forumZFD-Interview



20 Was uns Hoffnung macht


22 Friedenspolitik

Alles ist anders?
Wie der Krieg die deutsche Politik verändert



26 Spenden

zfd Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.

 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mit finanzieller Unterstützung durch das Programm Ziviler Friedensdienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zwölf weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Petra Gramer, Emilia Ewald,
Hannah Sanders
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.500 Stück
Fotos ohne Angaben: © forumZFD
Gedruckt auf Recyclingpapier



© René Fie zek

Zum Titel

Das Bild zeigt den Friedensaktivisten Dmytro Kovbasyuk. Die von ihm und seiner Initiative „Gute Nachbarschaft“ wiederbelebte Tradition der Hofgemeinschaften bietet den Menschen jetzt, während des Krieges, ein unverzichtbares Netzwerk gegenseitiger Unterstützung.

Das mehrheitlich russischsprachige Odessa ist eine Art „Mini-Ukraine“ und Heimat für Menschen verschiedener Nationen und Religionen. Lange Zeit waren die Innenhöfe zwischen den Wohnblocks ein zentraler Ort, an denen Nachbar*innen tagtäglich Zeit miteinander verbrachten und Feste feierten. Der Zweite Weltkrieg und Wellen sowjetischer Repression veränderten das soziale Gefüge und trugen zu einem Gefühl der Entfremdung bei.

Seit 2019 bilden Kovbasyuk und sein Team Menschen in der „Schule der Nachbarschaftskultur“ aus. Dort lernen sie, Konflikte zu moderieren und gemeinsame Projekte voranzubringen. Seitdem kommen die Menschen wieder zusammen, verschönern ihre Höfe und organisieren Veranstaltungen. „Es ist manchmal schwierig zu verstehen, was soziale Kohäsion meint“, sagt Kovbasyuk. „Aber hier in den Innenhöfen kann man den Zusammenhalt fühlen.“

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie ist Friedensarbeit in Zeiten des Krieges möglich? Diese Frage steht im Zentrum unseres Themenschwerpunkts zum Krieg in der Ukraine. Wir berichten von tatkräftiger Nachbarschaftshilfe und wir haben mit der Historikerin Oksana Dovgoplova gesprochen, die gerade jetzt an die Zukunft nach dem Krieg denkt. Die ukrainische Zivilgesellschaft – das wird sehr deutlich – ist im Krieg lebendig, und sie wird in der Zeit danach dringend für den Frieden gebraucht.

Doch wie kann die aktuelle Spirale der Gewalt durchbrochen werden? Welche friedenslogischen Schritte aus der Kriegslogik führen können, beschreibt Sabine Jaberg in ihrem Beitrag.

Der russische Angriffskrieg hat Auswirkungen jenseits der Ukraine. In den Ländern des westlichen Balkan fürchten viele eine Eskalation der jahrzehntealten Konflikte, analysiert unser Kollege Harald Schenker aus Skopje.

Auf die globalen Folgen des Krieges weist auch Entwicklungsministerin Svenja Schulze im Interview hin. Nie war Entwicklungspolitik wichtiger als heute, sagt sie, und doch gerät ausgerechnet ihr Etat angesichts der Aufrüstungspläne der Koalition unter Druck.

Wie verändert der Krieg die deutsche Politik, fragen wir uns in einem Beitrag zur Zeitenwende-Debatte.

Es grüßt Sie herzlich

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation & Politik

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 26. April 2022.

Die ukrainische Zivilgesellschaft lebt

Wie forumZFD-Partner in Kriegszeiten helfen

Von Petra Gramer

Der Angriffskrieg auf die Ukraine macht vor niemandem Halt. Auch für die Mitarbeitenden des forumZFD und die Friedensaktivist*innen in unseren Partnerorganisationen hat sich das Leben von einem Tag auf den anderen radikal verändert. Derzeit wissen wir alle innerhalb und außerhalb des Landes in – relativer – Sicherheit. Doch die große Sorge um diejenigen, die weiterhin vor Ort arbeiten, begleitet uns jeden Tag. Auf beeindruckende Weise passen sie bestehende Projekte daran an, was die Menschen in der Ukraine nun dringend brauchen. Die Arbeit hilft gegen die Angst, hören wir oft. Und sie bedeutet eine finanzielle Absicherung in einem Land, in dem immer mehr Verdienstmöglichkeiten wegfallen.



© freepik.com

„Wir richten hier gerade eine Spiel-ecke für die Kinder ein“, sagt Dmytro Kovbasyuk. Hier, das bedeutet im Keller eines Wohnblocks inmitten der Hafenstadt Odessa, der nun bei Raketenangriffen als behelfsmäßiger Schutzraum fungiert. Eigentlich hat der 40-Jährige es sich zur Aufgabe gemacht, die in Vergessenheit geratene Tradition der Innenhof-gemeinschaften wiederzubeleben und die tiefen Gräben, die sich im multiethnischen Odessa zwischen den verschiedenen Bevölkerungs-gruppen aufgetan haben, zumin-dest im Mikrokosmos Wohnblock zuzuschütten. Zatsikavleni (dt. „Gute Nachbarschaft“) hat Kovbasyuk seine Initiative genannt und in den letzten drei Jahren gemeinsam mit weiteren Aktivist*innen ein rund 40 Gemein-schaften starkes Netzwerk aufgebaut.

Jetzt, wo Odessa immer wieder unter Beschuss steht, ist dieses Netzwerk überlebenswichtig. „Niemand von uns hatte zuvor Erfahrung darin, Nothilfe für mehrere Tausend Menschen zu leisten“, bemerkt Kovbasyuk. „Aber wir wissen, wo die Menschen wohnen, die auf Medikamente angewiesen sind. Wir wissen, wo wir Lebensmittelvorräte herbekommen können. Und wir wissen, an welche Türen wir klopfen dürfen, um jemanden zu finden, der aus einem Keller einen Schutzraum machen kann.“

Hilfe für die Helfenden

Diese Schutzräume sind längst mehr als bloße Zufluchtsorte bei Luftalarm. Sie bieten die Möglich-keit für Austausch und Gespräche, ein Gefühl von Gemeinschaft und Geborgenheit. Oft singen die Men-schen zusammen Lieder, erzählt Kovbasyuk, und wenn der Angriff vorbei ist, wollen sie den Schutz-raum gar nicht mehr verlassen. Und nun gibt es auch für die Jüngsten einen eigenen Bereich, in dem sie spielen und sich vom Kriegsgesche-hen ablenken können. Kovbasyuk wiederum ist ganz fokussiert auf

seine Arbeit. Ein Privileg, wie er findet, denn eine riesige private Sorge wurde ihm genommen: Im Gegensatz zu vielen anderen seiner Landsleute weiß der Aktivist seine Familie in Sicherheit. Sie konnten nach Deutschland fliehen.

Kovbasyuk selbst wiederum hat die Möglichkeit, mit geschulten Psycho-log*innen über seine Erlebnisse und Erfahrungen zu sprechen – so wie sämtliche Aktivist*innen, die sich bei den Partnerorganisationen des forumZFD engagieren. Gleiches gilt selbstverständlich auch für die Friedensfachkräfte, die direkt beim forumZFD angestellt sind – ein Team aus internationalen und ukrainischen Mitarbeitenden, die die Partnerorganisationen in ihrer Arbeit beraten und unterstützen.

viele Menschen hilflos fühlen. Dabei entstehen auch ganz neue Kooperati-onen, zum Beispiel mit der Initiative Kidfriendly (dt. „Kinderfreundlich“).

Aktive Nachbarschaftshilfe und Selbstorganisation stärken

Die Soziologin Olga Khil war vor rund zehn Jahren zu dem Schluss ge-kommen, dass es eine Menge Themen gibt, die Eltern beschäftigen, die ein Kind (in der Großstadt) großziehen. Und dass es hilft, sich untereinander auszutauschen. „Damals war mei-ne Tochter drei Monate alt, meine Mutter war im Jahr zuvor gestorben. Ich fühlte mich einsam und war in Erziehungsfragen unerfahren“, berichtet Khil. „Also habe ich eine Facebook-Gruppe gegründet, 30 Freund*innen hinzugefügt und



Friedensarbeit im Krieg

Das forumZFD unterstützt in der Ukraine derzeit fünf langjährige Partnerorganisationen und zwei neue Kooperationen. **Es sichert Arbeitsplätze ab und übernimmt Kosten, die den Partnerorganisationen bei ihrer Arbeit entstehen.**

Der Fokus der Arbeit der Partnerorganisationen liegt auf **(1) aktiver Nachbarschafts-hilfe**: humanitäre Hilfe, psychosoziale Begleitung, Vernetzung und Bereitstellung von Informationen; sowie auf **(2) Oral History** („mündlich überlieferte Geschichte“): Aufzeichnen der Erlebnisse und Erfahrungen der Menschen im Krieg, um Resilienzen zu stärken und gemeinsame Zukunftsnarrative zu schaffen.

Über unsere Arbeit in der Ukraine informieren wir Sie in unserem **Online-Dossier**, das wir laufend aktualisieren: www.forumZFD.de/die-ukrainische-zivilgesellschaft-lebt

Außerhalb der vertraulichen Ge-spräche, während der regelmäßigen Videokonferenzen des Teams, ist die Frage „Wie geht es euch?“ derzeit hin-gegen keine, die oft gestellt wird. Der Krieg hat Spuren hinterlassen und alle sind froh, arbeiten und sich ablenken zu können. Die Friedensarbeit ist sinnstiftend in einer Zeit, in der sich

begonnen, über kinderfreundliche Cafés, stylische Babytragen und neu-este Erkenntnisse der Psychologie zu schreiben.“

Die Facebook-Gruppe wuchs konti-nuierlich, wie auch das Netzwerk aus Expert*innen zu allen möglichen Fragen rund um Erziehung, Bildung ▶

und Gesundheit der Kinder und das Wohlergehen der gesamten Familie. Irgendwann hatte die Gruppe über 30.000 Mitglieder und die vormals kleine Initiative wurde zu einer Arbeitgeberin für zwei Frauen in Vollzeit und neun Frauen und Männer in Teilzeit. Gelder kamen vor allem von ukrainischen Unternehmen, für die die Gruppe eine ideale Werbeplattform bot.

Mit dem Angriffskrieg wurde das funktionierende System vor enorme Herausforderungen gestellt. Die Gruppe wurde noch größer, Fragen und Bedarfe änderten sich. „Am wichtigsten für die Familien ist derzeit das Gefühl, nicht allein zu sein“, erklärt Khil. „Wir bieten psychologische Unterstützung an, ebenso wie humanitäre Hilfe für diejenigen, die

in finanzielle Not geraten sind. Es kommen aber auch Fragen wie die nach Paketsendungen ins Ausland, mit denen die Menschen ihre Flucht vorbereiten möchten, so gut das eben möglich ist.“

Die Anfragen an die Gruppe sind so zahlreich wie nie, gleichzeitig ist jedoch die Finanzierung größtenteils zusammengebrochen. Kaum ein ukrainisches Unternehmen kann es sich noch leisten, Werbung zu schalten. In dieser extrem schwierigen Zeit kam schließlich die Verbindung zum forumZFD zustande. Dank der zahlreichen Spenden, die wir in den Wochen nach Ausbruch des Krieges auf unsere Aufrufe hin erhalten hatten, konnten wir schnell und unbürokratisch reagieren: Das forumZFD fängt die Einnahmeeinbußen auf, unter-

stützt die Hilfsleistungen und sichert somit nicht nur das wichtige Engagement, sondern auch die Arbeitsplätze der Frauen und Männer ab.

Jetzt Weichen für die Zukunft stellen

Die Gedanken vieler Menschen in der Ukraine kreisen derzeit vor allem um eines: irgendwie überleben. Und doch müssen in dieser Ausnahmesituation auch die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Vergangene Kriege lehren: Erlebnisse und Erfahrungen der Menschen müssen dokumentiert werden. Zum einen, um Kriegsverbrechen nachweisen zu können. Aber auch, um eine gemeinsame Geschichte zu schaffen, die Grundlage ist für eine gemeinsame, friedliche Zukunft.

ist so mächtig, dass es unmöglich sein wird, dass sie nach dem Krieg einfach so verschwindet.“

Dovgopolova ist mit ihrem Projekt Past / Future / Art (dt. „Vergangenheit / Zukunft / Kunst“) langjährige Partnerin des forumZFD. Bisher hatten sie und ihr Team daran gearbeitet, dass die Sichtweisen aller Bevölkerungsgruppen auf die Vergangenheit in das kollektive Gedächtnis des Landes aufgenommen werden, als Voraussetzung für Aussöhnung und eine gemeinsame Erinnerungskultur. Jetzt blickt das Team nach vorn: „Die Situation hat sich dramatisch geändert. Die Fragen der Vergangenheit sind derzeit nicht relevant“, sagt Dovgopolova. „Für uns steht jetzt die Zukunft im Vordergrund. Ein Bild von der Zu-

kunft zu haben, bedeutet, Macht zu haben. Es kann Resilienzen schaffen und uns befähigen, dem Angriff zu widerstehen.“ Zusammen mit ihrem Team sammelt die Historikerin derzeit Berichte von Zeitzeug*innen, um die Erlebnisse der Menschen zu dokumentieren, und veröffentlicht Bildungsmaterialien, zum Beispiel zur strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen. So möchte sie ihren Landsleuten Hoffnung geben, dass Gräueltaten wie die Ermordung von Zivilist*innen in Butscha und anderen Orten eines Tages gesühnt werden.

An die Zukunft denkt auch Dmytro Kovbasyuk. In den Innenhöfen des Netzwerks „Gute Nachbarschaft“ pflanzen die Menschen schon wieder Bäume. ■



Partnerorganisation

Zatsikavleni („Gute Nachbarschaft“)

Bisher: Wiederbelebung der Innenhofgemeinschaften mit Begegnung und Austausch, gemeinsamen Aktionen und Ausbildung von Leiter*innen der Gemeinschaften

Aktuell: Humanitäre Hilfe und gegenseitiger Beistand auf Nachbarschaftsebene



links: © Stefania Amardžijan
rechts: © NGO Zatsikavleni



Partnerorganisation

Past / Future / Art („Vergangenheit / Zukunft / Kunst“)

Bisher: Künstlerische Aufarbeitung der ukrainischen Geschichte sowie Bildungsprojekte und Dialogforen für Gespräche über unterschiedliche Sichtweisen auf die Vergangenheit als Beitrag zu Versöhnung und dem Aufbau einer inklusiven Erinnerungskultur

Aktuell: Dokumentation und Sammlung von Zeitzeug*innenberichten zu den Kriegserfahrungen, Erstellung von Bildungsmaterialien zu aktuellen Fragen wie z. B. dem Schutz von Kulturerbe oder internationaler Strafverfolgung von Kriegsverbrechen



© ROSTOVKOVA



Partnerorganisation

IT-Babushki („IT-Omas“)

Bisher: Förderung sozialer Teilhabe älterer Menschen, Wohltätigkeitsaktionen, Erinnerungskultur-Projekte, z. B. zum Thema Zwangsarbeit im 2. Weltkrieg

Aktuell: Hilfe für ältere Menschen (humanitäre Hilfe, psychosoziale Begleitung und Informationsweitergabe) und Aufzeichnung/Sicherung ihrer persönlichen Kriegserlebnisse



© IT Babushki



Partnerorganisation

Regional Analytical Centre (RAC)

Bisher: Förderung des interkulturellen Dialogs, Bürger*innenbeteiligung und Demokratieförderung, vorrangig im ländlichen Raum der Region Odessa

Aktuell: Humanitäre Hilfe für Menschen im ländlichen Raum der Region Odessa, Waisenkinder, Menschen mit Behinderung und weitere Gruppen mit besonderen Bedürfnissen



Partnerorganisation

War Childhood Museum (WCM) Ukraine („Kindheit-im-Krieg-Museum Ukraine“)

Bisher: seit 2018 Ausstellungen und Kunstaktionen zum Krieg in der Ostukraine, auch aufbauend auf Ausstellungen, Forschungs- und Bildungsprojekten des seit 2010 bestehenden WCM Sarajevo

Aktuell: Sammeln und Sichern von Erinnerungsstücken von Kindern in der Ukraine



Neue Kooperation

Kidfriendly („Kinderfreundlich“)

Beratung, Sach- und Geldspenden, vor allem für innerhalb der Ukraine geflüchtete Familien über eine fast 40.000 Mitglieder starke Facebook-Gruppe samt Expert*innen-Netzwerk für Eltern in Odessa



Neue Kooperation

Dream and Do: Healing with Art („Träumen und Machen: Heilen durch Kunst“)

Verarbeiten von eigenen Kriegserlebnissen und Verstehen der Erlebnisse anderer im Rahmen verschiedener Kunstprojekte und Debattierclubs, auch als unerlässliche Vorbereitung auf eine gemeinsame friedliche Zukunft



© sevryukovaphoto.com

„Wir wollen ein freies und unabhängiges Land“

forumZFD-Partnerin Oksana Dovgopolova berichtet aus der Ukraine

Bereits seit mehreren Jahren beschäftigt sich die aus Odessa stammende Historikerin und Philosophie-Professorin Oksana Dovgopolova mit Vergangenheitsbewältigung und dem Aufbau einer gemeinsamen Erinnerungskultur in der Ukraine. Seit dem 24. Februar ist jedoch die Bewältigung der Gegenwart zum dringlicheren Thema geworden. Im Gespräch mit dem forumZFD erklärt sie, warum Geschichte eine mächtige Waffe ist und wie die Friedensarbeit in der Ukraine auch in Kriegszeiten fortgeführt werden kann.

Professorin Dovgopolova, Sie halten sich zurzeit in Odessa auf. Heute früh haben uns neue Berichte über russische Raketenangriffe auf die Stadt in der vergangenen Nacht erreicht. Deshalb ist unsere erste Frage natürlich: Wie geht es Ihnen und sind Sie an einem sicheren Ort?

Im Moment ist kein Ort in der Ukraine wirklich sicher, aber in Odessa ist es vergleichsweise ruhig. Unsere Armee hat den Vormarsch der russischen Truppen in der benachbarten Stadt Mykolajiw gestoppt. Allerdings droht uns Gefahr vom Meer aus und es gibt jeden Tag Raketenangriffe. Einige Geschosse werden von unserer Luftabwehr zerstört, andere treffen ihr Ziel. Aber glücklicherweise haben wir bislang noch keine Todesopfer in unserer Stadt zu beklagen (Anmerkung d. Redaktion: Das Gespräch fand am 8. April statt; Ende April starben bei russischen Raketenangriffen auf Odessa mehrere Menschen).

Wie unterstützen sich die Menschen in Odessa gegenseitig?

Es gibt ein großes Gefühl der Einheit und Solidarität. Es ist überall zu sehen: Unsere lokalen Restaurants kochen Mahlzeiten für die Territorialverteidigung, die Schauspiel-



Oksana Dovgopolova lehrt an der Odesa National University und ist eine langjährige Partnerin des forumZFD. Seit 2014 setzt sie sich in der Ukraine für gesellschaftlichen Dialog ein. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Kateryna Semenyuk hat sie die Plattform „Vergangenheit / Zukunft / Kunst“ aufgebaut, die unter anderem Bildungs- und Forschungsprojekte zur Erinnerungskultur ermöglicht.

ler*innen unseres Theaters bereiten neue Stücke vor, die sich mit dem Krieg auseinandersetzen, und Musiker*innen geben improvisierte Konzerte von Balkonen und in den Straßen. Das ist wirklich großartig, denn natürlich wissen wir um all die furchtbaren Dinge, die in Mariupol, Butscha und in anderen Städten der Ukraine geschehen, und wir stehen permanent unter einer enormen Anspannung. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir einander unterstützen.

Im Krieg wird nicht nur mit Waffen gekämpft, sondern auch mit Worten. Es werden etliche Falschinformationen über geschichtliche Tatsachen verbreitet. Was ist Ihre Reaktion als Historikerin?

Lange Zeit wurde solche Rhetorik als törichtes Gerede abgetan. Als professionelle Historikerin habe ich überhaupt keine Möglichkeit, solch absurden Behauptungen etwas zu entgegnen. Wenn Putin sagt, die Ukraine sei ein unechter Staat, erfunden von Lenin, dann weiß ich nicht, was ich sagen soll. Meine erste Reaktion ist: Er ist verrückt. Das hat überhaupt keinen Bezug zur Realität. Wir können keine Diskussion über historische Argumente führen, wenn es überhaupt keine Argumente gibt. Deshalb haben sich Historiker*innen lange Zeit überhaupt nicht mit diesen Theorien beschäftigt. Wir sahen unsere Aufgabe darin, wissenschaftlich zu arbeiten. Für mich persönlich weiß ich heute: Das war mein Problem. Als ich 2014 gesehen habe, wie wirksam diese falschen Argumente waren, um Menschen zu rekrutieren, um sie zu den Waffen greifen zu lassen und dazu zu bringen, sich gegenseitig zu töten, da habe ich mich so sehr geschämt, dass ich den akademischen Elfenbeinturm verlassen habe. Ich habe damit begonnen, Projekte im öffentlichen Raum zu initiieren, um Menschen zu informieren und Räume für Dialog zu schaffen. Denn wenn jemand ohne historische Bildung etwas im Fernsehen sieht, dann denkt diese Person vielleicht: „Womöglich ist das wahr.“ Ich habe verstanden, dass all diese Probleme, die ich für akademische Probleme gehalten hatte, gar nicht akademisch sind. Geschichte ist eine mächtige Waffe für Manipulation und von Jahr zu Jahr hat sich das Level der Manipulation durch Russland erhöht.

Wie kann die Friedensarbeit in diesen Zeiten des Krieges weitergehen?

Ich halte es für sehr wichtig, sich über die unterschiedlichen Erfahrungen auszutauschen, die die Menschen jetzt machen. Dies wird die Grundlage für gegenseitiges Verständnis bilden. Im Moment ist jeder und jede von uns an einem bestimmten Punkt oder Ort und abgesehen von der persönlichen Ebene haben wir keine Möglichkeit, unsere Erlebnisse zu teilen. Nach dem Krieg brauchen wir Methoden und Instrumente, um an den Erfahrungen anderer teilhaben zu können – zum Beispiel von Menschen, die Besatzung erlebt haben, die während der Belagerung in Mariupol waren, die in der Verteidigung von Kiew gekämpft haben oder die in den westlichen Teil der Ukraine oder andere Länder geflohen sind. Alle diese Erfahrungen sind wichtig und müssen nach dem Krieg geteilt werden. Wir werden sie sammeln und anhand dessen

zeigen, wie wir in dieser Situation stark geblieben sind. Ich bin sicher, dass dies zur Versöhnung beitragen kann. Es können ganz unterschiedliche Aktivitäten sein: Publikationen, Projekte mit Zeitzeug*innen, Räume für Dialog, Theateraufführungen ... Alle diese Methoden könnten angewandt werden.

Welche Botschaft haben Sie für unsere Leser*innen in Deutschland?

Uns in der Ukraine ist es sehr wichtig, anderen Ländern zu zeigen, dass wir ein freies und unabhängiges Land wollen. Und wir wollen sichtbar sein. Um nur ein Beispiel zu geben: Wissenschaftliche Einrichtungen in Europa haben den Bereich der Ukraine-Studien lange ignoriert.

Oksana Dovgopolova (links im Bild) bei einer Diskussionsrunde im Rahmen des Projekts „Vergangenheit / Zukunft / Kunst“ im Juni 2021 im Pinchuk Art Centre in Kiew.



Oft bieten sie Russland-Studien an und dann noch etwas Vages zu Osteuropa, als ob das irgendwie in der russischen Einflussphäre aufgelöst wäre. Es ist wichtig, dieses Bild zu erneuern, denn die Ukraine ist ganz anders als Russland – und das schon seit vielen Jahrhunderten, nicht erst seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Wir haben unsere eigene, wunderbare Kultur. Ich hoffe, dass die Ukraine nach dem Krieg ihren Platz auf der Landkarte der europäischen Kultur und Politik finden wird.

Das Interview führte Hannah Sanders (forumZFD) am 8. April 2022. Das vollständige Gespräch finden Sie online: www.forumZFD.de/dovgopolova

Jeder friedenslogische Schritt hilft

Wege aus der Kriegslogik

Von Sabine Jaberg



Was bedeutet es angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine, aus einer Perspektive der Friedenslogik über Wege aus dem Krieg nachzudenken? Antworten darauf gibt Friedensforscherin Dr. Sabine Jaberg.

Friedenslogik bedeutet, vom Ziel des Friedens her zu denken und sich in Analyse und Praxis von dessen Prinzipien leiten zu lassen. Sie zielt auf Verhinderung und Abbau von Gewalt, die sie als Folge komplexer Konflikte begreift. Diese Konflikte

will sie konstruktiv transformieren, wobei sie eigene Anteile an der Problemgenese einbezieht. Friedenslogik setzt daher auf kooperative, deeskalierende und gewaltfreie Konfliktbearbeitung, die das Leid der Menschen und die Folgen für die

Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Sie orientiert sich primär an universellen Normen wie dem Völkerrecht und den Menschenrechten. Im Falle von Misserfolgen ist sie zur Selbstreflexion und Selbstkorrektur disponiert, bleibt aber dem Prinzip der Gewaltfreiheit verpflichtet.

Wege zu friedenslogischem Denken und Handeln gibt es viele. Ein religiöser oder säkular begründeter Pazifismus ist da bestimmt hilfreich. Es kann aber auch die pragmatische Einsicht in die Aussichtslosigkeit gewaltsamer Maßnahmen oder – wie im Falle des Ukraine-Kriegs – die Angst vor der Eskalation in einen Atomkrieg ausschlaggebend sein.

Wie die Bundesregierung friedenslogisch handeln kann

Angesichts der anhaltenden militärischen Eskalation und Gewalt in der Ukraine müssen wir zunächst einräumen, dass die Optionen der Bundesregierung zur schnellen Beendigung des Krieges gering sind. Es ist einfacher zu sagen, was wir nicht machen sollten: Wir sollten alles unterlassen, was die Gefahr erhöht, dass die NATO zur Kriegspartei wird. Das Bündnis hat zwar erklärt, dass es das nicht will. Allerdings balanciert es schon längst auf einem ganz schmalen Grat. Dazu gehören nicht nur die Lieferungen immer leistungsfähigerer Waffen, sondern auch die Initiativen osteuropäischer Mitglieder für eine NATO-„Friedensmission“ und einzelne Sympathiebekundungen für eine militärisch zu gewährleistende Flugverbotszone, die die Allianz bislang noch ablehnt. Und vor allem: Die Entscheidung darüber, ob die Maßnahmen der NATO als Kriegseintritt gelten, fällt nicht Brüssel, sondern Moskau. Das Austreten von Putins Schmerzgrenze gleichsam im Feldversuch grenzt an Russisch Roulette. Waffenlieferungen beenden den Krieg nicht, sondern drohen ihn zu verlängern und zu brutalisieren. Sie wären daher einzustellen: Denn je heftiger die

militärische Gegenwehr, desto mehr dürften die russischen Streitkräfte die Wucht und die Rücksichtslosigkeit ihrer Angriffe erhöhen. Schon jetzt sind die Kriegsfolgen katastrophal. Am Ende aber dürfte all das vernichtet sein, was es eigentlich zu schützen gälte.

Dass sich in Deutschland der Rechtfertigungsdruck im öffentlichen Diskurs zusehends von den Anhänger*innen militärischer Unterstützung hin zu deren Kritiker*innen verlagert, konterkariert das Friedensgebot unserer Verfassung.

Auf den ersten Blick könnten die bereits eingeleiteten ökonomischen und finanziellen Sanktionen eine friedenslogische Alternative zur militärischen Aufrüstung der Ukraine darstellen. Aber auch sie führen nicht aus dem Krieg heraus, sondern weiter in die Eskalation hinein – auch mental: Wirtschaftsminister Robert Habeck sieht Deutschland mittlerweile als „Wirtschaftskriegspartei“. Und zum demokratischen Wandel haben Sanktionen in der Vergangenheit ohnehin kaum beigetragen, sondern eher diktatorische Regime gestärkt. In Russland sehen wir bereits Anzeichen dafür, dass sich die Bevölkerung um die russische Fahne schart. Die Zustimmung für Putin ist auf über achtzig Prozent gestiegen.

Folglich bleibt der Bundesregierung nur der politische Königsweg zur Gewaltbeendigung: Diplomatie auf allen Ebenen und Kanälen. Solange der Krieg fort dauert, kommt eine weitere Aufgabe hinzu: die friedenslogische Bearbeitung seiner Begleiterscheinungen. Dazu gehört, sich dafür einzusetzen, dass Menschen freien und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe erhalten, aber auch dass alle, die das wollen, Kampfreigionen und gegebenenfalls das Land sicher verlassen können – das schließt Kriegsdienstverweigerer und Deserteur*innen sämtlicher Parteien ein.

Nicht nur die Politik ist gefragt

Jede*r von uns kann im Rahmen der eigenen Möglichkeiten friedenslogisch handeln: sich im öffentlichen Raum wie im privaten Umfeld gegen den Militarisierungskurs positionieren, Verharmlosungen des Angriffskriegs widersprechen, Sanktionsexzesse gegenüber russischen Menschen nicht hinnehmen, Kirchen und religiöse Oberhäupter zu mehr friedenslogischem Engagement auffordern sowie Geflüchteten beim Fußfassen hierzulande helfen. Wer möchte, kann auch Kontakte zu Organisationen der zivilen Konfliktbearbeitung und der humanitären Hilfe aufnehmen oder deren Arbeit finanziell unterstützen.

Wir dürfen uns nur nicht von den täglichen Horrormeldungen und der Monstrosität der Aufgabe lähmen lassen, sondern müssen sie als Ansporn begreifen. Jeder friedenslogische Schritt hilft.

Dr. Sabine Jaberg ist Politologin und Friedensforscherin. Sie ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Der Balkan darf nicht Putins nächstes Ziel werden

Die Region braucht eine EU-Perspektive

Von Harald Schenker

Dieser Tage saß ich eines warmen, sonnigen Morgens in einem Straßencafé in Skopje, wo ich mit einer Mitarbeiterin ein Treffen vorbereitete. Plötzlich, mitten im Satz, erstarrte ihr Gesichtsausdruck. Ich folgte ihrem Blick: Da fuhr eine schwarze Limousine der russischen Botschaft an uns vorbei, mit sechs unübersehbaren, aus grauem Klebeband gefertigten „Z“-Markierungen versehen, jeweils auf der Motorhaube, auf dem Heck und auf jeder der vier Türen. Es ist das Zeichen, dass derzeit auch von russischen Militärfahrzeugen im Krieg gegen die Ukraine verwendet wird.

Am nächsten Tag erreichten die Bilder aus dem ukrainischen Butschka unsere nicht ganz so heile balkanische Welt. Bei Abertausenden Menschen in der Region müssen diese Bilder traumatische Erinnerungen hochgebracht haben. Und dennoch: Russlands Kampf um Deutungshoheit auch über diese Bilder fällt hier auf fruchtbaren Boden.

Derweil bemühen sich die neuen Regierungen in Skopje und Sofia, einen Identitätsstreit beizulegen, was Nordmazedonien die lange überfällige Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen ermöglichen würde. Beide Seiten geben sich optimistisch und verhandeln rege. Doch in den letzten Tagen wurden in beiden Hauptstädten russische Diplomaten*innen des Landes verwiesen. Während in Skopje offiziell über die Gründe geschwiegen wird, spricht der bulgarische Premier offenherzig von russischen Versuchen, den Annäherungsprozess zu Nordmazedonien zu torpedieren. Beide

NATO-Länder werden von Russland als „unfreundlich“ geführt.

Anfang April gewann in Serbien der autokratisch gesinnte Russlandfreund Aleksandar Vučić die Präsidentenwahl, in Ungarn siegte die Partei seines gleichgesinnten Kollegen Orbán bei der Parlamentswahl. Beide könnten noch lange im Amt bleiben, wenn es nach ihrem Willen geht.

Gleichzeitig hat die Zugkraft der EU in der gesamten Region schleichend, aber unaufhaltbar nachgelassen. Der Erweiterungsprozess der EU

auf die Länder des sogenannten Westbalkans schleppt sich nun über zwei Jahrzehnte hin. Während der Unwillen einiger Mitgliedsstaaten gerne euphemistisch mit „Erweiterungsmüdigkeit“ umschrieben wird, werden periodisch neue Kriterien eingeführt, um die angeblich mangelnde Reformbereitschaft der Länder der Region zur Schau zu stellen. Im Gegenzug werfen Politik und Zivilgesellschaft der EU doppelte Standards vor. Die EU wird nicht mehr als politische Regionalmacht gesehen, allenfalls einige ihrer Mitgliedstaaten, wie etwa Deutschland oder Österreich. Die Rolle der Regionalmacht spielen Russland und die Türkei viel besser. Und sie spielen sie aus, politisch und wirtschaftlich. Genau jetzt, während die EU um weiterreichende Sanktionen gegen Russland und ein Embargo auf Gaseinfuhren ringt, unterhalten sich Vučić und Putin über einen Ausbau der Beziehungen im Energiesektor, während Orbán im EU-Rat gegen Sanktionen mauert.

Serbien ist eine Ausnahme in der Region: Der Einfluss der USA ist sehr eingeschränkt und das Land hat keinerlei Absicht, der NATO beizutreten. Beides geht auf den Kosovo-Konflikt zurück, als die NATO Ziele in Belgrad und anderen serbischen Städten

bombardierte. Seitdem hat die serbische nationalistische Elite sehr erfolgreich das Opfer-Narrativ ausgebaut und Abneigung gegen die NATO in eine anti-westliche und zunehmend pro-russische Haltung ausgebaut.

Der Anspruch Russlands als Schutzmacht wird auch in der serbischen Teilrepublik Bosniens und Herzegowinas immer deutlicher. Der dortige Provinzautokrat, Milorad Dodik, droht seit Jahren mit seinem Austritt aus dem gemeinsamen Staatsverband. Bislang ist es Rhetorik, doch die politische Unterstützung durch Moskau ist unverkennbar. Die Drohung mit Eskalation ist Dodiks täglich Brot, und Putin der Brotaufstrich.

Kosovo ist der einzige jugoslawische Folgestaat, in dem Russland so gut wie keine Sympathien zumindest bei der Mehrheitsbevölkerung genießt. Allerdings mischt Russland im Hintergrund mit, wenn es um die Dynamik der Gespräche mit Serbien geht, deren Ergebnis dereinst die Anerkennung des Kosovo sein soll.

Russland setzt mittelfristig auf diese Vorposten, um den Westen in Konflikte hineinzuziehen. Die ideologische Basis dafür finden rechtsradikale Theoretiker*innen in Russland und deren Gefolge im Balkan im Panslawismus. Das ist jene spätromantische Ideologie, die eine Vereinigung aller slawischen Brüder (von Schwestern war da wenig die Rede) propagierte. Ihre politischen Anhänger*innen fügten dann hinzu, dass diese Vereinigung unter der gottgegebenen Führung Russlands, dem „dritten Rom“, und seiner orthodoxen Kirche stattzufinden habe.

Zwei andere Zutaten machen den Cocktail in der Region explosiv. Zum einen der allenthalben präsen-

te Populismus, zum anderen die Verquickung linker Befreiungsideologeme (Antikolonialismus, Antiimperialismus) mit faschistischen Elementen. Demnach ist immer nur die eigene, überlegene Nation es wert, befreit zu werden. Das kann aber nur auf Kosten aller anderen passieren. Zu den Vernichtungsideologien, wie sie derzeit von Kreml-Theoretikern wie Aleksandr Dugin oder Timofei Sergeitsew vertreten werden, ist es dann nicht mehr weit. Vor allem der kürzlich von der russischen staatlichen Nachrichtenagentur RIA Novosti verbreitete Text des Letzteren wurde als „Blaupause für einen Genozid“ bezeichnet.

Derzeit ist ein starker Schub vor allem über soziale Netzwerke zu verzeichnen, genau diese Elemente des Cocktails im Balkan zu aktivieren. Es ist wohl nicht so, dass Russland einen Masterplan hätte, sondern es setzt auf die Destabilisierung der Region und scheint Konflikte gezielt ausnutzen zu wollen, um den Einfluss der EU und der USA in der Region einzudämmen. Die entsprechenden Subkulturen gibt es schon, als Beispiel sei hier nur die in Serbien sehr zahlreiche Mitglieder zählende Szene offen faschistischer Fußball-Hooligans genannt. All das hätte deutlich weniger Aussichten auf Erfolg, wenn die EU es mit der Erweiterung ernst nähme und den Rest der Länder in der Region, die zusammen etwa so viel

Bevölkerung wie die Niederlande haben, in einem mutigen Schritt integrieren würde. Die geostrategische Tatsache, dass die Länder des sogenannten Westbalkans von allen Seiten von EU und NATO-Staaten umgeben sind, kann nicht ignoriert werden. Russische Einflussgebiete wären hier sehr riskant.

In diesem gesamten Kontext müssen wir Friedensarbeit einmal mehr als Konfliktprävention verstehen. Wir müssen uns weiterhin und intensiver darauf konzentrieren, die Teile der Zivilgesellschaft zu stärken, die sich dem nationalistischen und implizit pro-russischen Diskurs entgegenstellen. Das passiert, wenn die Zivilgesellschaft auf grenzübergreifende Zusammenarbeit setzt, auf dringlichere Erziehung zu kritischem Denken und auf den Aufbau einer kritischen Gegenöffentlichkeit.

Das kann aber nur funktionieren, wenn die traumatische Vergangenheit aufgearbeitet wird, wenn ein gemeinsames Geschichtsbild geschaffen wird, wenn Geschichtsklitterung und deren Instrumentalisierung massiv bekämpft werden. Die Vision eines vereinten Europa muss auch auf dem Balkan wieder Fuß fassen können, wohl wissend, dass wir alle davon noch sehr weit entfernt sind.

Harald Schenker ist Landesdirektor des forumZFD in Skopje, Nordmazedonien. ■



Frauen demonstrieren in Sarajevo, der Hauptstadt Bosniens-Herzegowinas.

BOTSCHAFT

Eine einzelne Schwimmerin mitten in rotgefärbtem Wasser – eine eindrückliche Botschaft sendet die litauische Olympiasiegerin und ehemalige Weltmeisterin im Schwimmen Ruta Meilutyte an Russland und die Welt. Der Teich liegt in einem Park vor der russischen Botschaft in Litauens Hauptstadt Vilnius. Friedensaktivist*innen hatten ihn eingefärbt, für Tiere und Pflanzen unbedenklich, für die Menschen umso beeindruckender. „Wir dürfen nicht taub werden gegenüber den furchtbaren Bildern von Massentötungen von Ukrainer*innen und gegenüber ihrem Schmerz. Der scheinbar nicht enden wollende Horror, den Russland der Ukraine auferlegt, darf keine Norm werden“, schreibt Meilutyte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter. „Der blutige Teich unterstreicht die Verantwortung Russlands für die Kriegsverbrechen an den Ukrainer*innen. Das Schwimmen symbolisiert, dass wir uns kontinuierlich für sie anstrengen müssen.“ ■

„Schnelle, unbürokratische Hilfe ist das Gebot der Stunde“

Bundesministerin Svenja Schulze
im forumZFD-Interview

Svenja Schulze (SPD) ist seit Dezember 2021 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Dem vorherigen Kabinett gehörte sie bereits als Umweltministerin an. Im Interview verspricht sie, sich weiterhin für eine Stärkung des Zivilen Friedensdienstes einzusetzen. Sie erwarte, vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und seiner globalen Auswirkungen nachträglich mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu erhalten.



© BPA/Sterfen Kugler

In den Tagen dieses Interviews setzt die russische Regierung ihren Angriffskrieg in der Ukraine unvermindert fort. Sie selbst haben in ihrer Haushaltsrede im Bundestag von den großen Aufgaben für die Entwicklungspolitik gesprochen angesichts der Millionen Kriegsflüchtlinge und der Auswirkungen des Krieges auch auf andere Länder und Krisen. Wie reagiert Ihr Ministerium?

Die Folgen dieses Krieges sind immens: Auf unserem Kontinent gibt es eine Fluchtbewegung wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Innerhalb der Ukraine sind über 7 Millionen Menschen auf der Flucht. Über 4 Millionen Menschen, vor allem Frauen und Kinder, haben die Ukraine bereits verlassen. Aktuell sind wir dabei, rund 85 Millionen Euro aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für die akuten Bedarfe der Ukraine umzuschichten. Damit unterstützen wir unter anderem die Unterbringung von Binnenvertriebenen, psychosoziale Betreuung von Frauen und Kindern und die Stärkung des ukrainischen Katastrophenschutzes mit technischen Geräten und Feuerlöschfahrzeugen. Weitere Unterstützung ist in Vorbereitung. Auch die Hilfe für die Republik Moldau, die viele Geflüchtete aufgenommen hat, haben wir gerade auf 40 Millionen Euro aufgestockt.

Darüber hinaus sind jetzt schon die globalen Folgen des Krieges sichtbar: Russland und Ukraine sind die Kornkammern der Welt. Es drohen Hungersnöte in den Ländern, die von Weizenimporten abhängen. Wir werden als Bundesregierung deshalb weitere 430 Millionen Euro für den Kampf gegen Hunger zur Verfügung stellen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, mit all unserer Kraft zu helfen. Das wird nur mit einem international abgestimmten Herangehen gelingen. Mit unseren internationalen Partnern, mit der EU und mit der ukrainischen Regierung sind wir im laufenden Austausch. So werden der Krieg in der Ukraine und die globalen Folgen auch zentrales Thema der Frühjahrstagung der Weltbank sein.

Auch das forumZFD setzt seine langjährige Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen in der Ukraine auch im Krieg bestmöglich fort. Wie wird die Entwicklungszusammenarbeit die ukrainische Zivilgesellschaft weiter unterstützen?

Schnelle, flexible und unbürokratische Hilfe für die betroffenen Menschen ist das Gebot der Stunde. Träger mit laufenden Vorhaben und ihre Partnerorganisationen vor Ort werden weiter unterstützt und können ihre Projekte anpassen. Das BMZ wird das so flexibel wie möglich handhaben. Das gilt für die Träger des Zivilen Friedensdienstes genauso wie für private und kirchliche Träger sowie die Stiftungen. Deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen einschließlich der kirchlichen Zentralstellen

haben erfahrene Partnerorganisationen in der Ukraine, mobilisieren erfolgreich Mittel, auch über Spenden, und leisten bereits lebenswichtige Unterstützung. Das BMZ unterstützt diese Arbeit aktiv und beteiligt sich an der Finanzierung der Projekte.

Mit Blick auf die syrische oder die afghanische Diaspora haben wir bereits in den letzten Jahren gelernt, wie wichtig und zugleich prekär die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen für Frieden und Entwicklung auch außerhalb des eigenen Landes ist. Das gilt nun auch für Teile der ukrainischen Zivilgesellschaft, schon jetzt finden Aktivistinnen und Aktivisten in verschiedenen EU-Staaten Zuflucht und setzen ihre Arbeit aus der Ferne fort. Wie kann die Bundesregierung diese Formen der politischen Selbstorganisation flexibler und stärker unterstützen?

Migrantinnen, Migranten und Diaspora-Organisationen sind ein integraler Teil der Zivilgesellschaft in Deutschland. Sie sind eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die hier ankommen, und für die Bundesregierung, denn sie haben aufgrund ihrer Netzwerke Zugang zu den Angekommenen und sind somit wichtige Partner für die Information, Versorgung und Integration von Geflüchteten. Es ist mir wichtig, die Expertise der Diaspora für die Entwicklungspolitik zu nutzen und Menschen mit Migrationsgeschichte stärker einzubeziehen – gerade auch in Krisen- und Konfliktsituationen sind wir darauf angewiesen, breite Beratung zu bekommen und lokale Expertise zu nutzen. Wir richten uns mit einer Reihe von Programmen direkt an zivilgesellschaftliche Diaspora-Organisationen, auch mit Blick auf die Ukraine. Auf unserem Portal [Diaspora2030.de](https://diaspora2030.de) bieten wir Informationen zu Fördermöglichkeiten.

Nicht nur in der Ukraine oder in Russland, sondern weltweit geraten Demokratie und Zivilgesellschaft unter Druck und der Frieden in Gefahr. Der russische Angriffskrieg führt uns die Verbindung zwischen autoritären Regimen und kriegerischem Handeln besonders vor Augen. Wäre es nicht an der Zeit, dass das BMZ darauf reagiert, beispielsweise mit einer neuen Sonderinitiative „Frieden, Zivilgesellschaft und Demokratie“?

Das BMZ unterstützt zivilgesellschaftliches Handeln in weit größerem Maße, als sich das in einer Sonderinitiative abbilden ließe. Die Förderung privater und kirchlicher Träger und des Zivilen Friedensdienstes sind ein wichtiger Teil davon. Die Festigung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen durch die politischen Stiftungen ist nun wichtiger denn je und wird gezielt gefördert. Aber auch ein sehr signifikanter Anteil der zwischenstaatlich vereinbarten Vorhaben dient der Friedens- und Demokratieförderung. ▶

Gerade weil Frieden und Demokratie unter Druck geraten, braucht es einen erweiterten Sicherheitsbegriff, zu dem die gesamte menschliche Sicherheit von der Ernährung und der Energieversorgung über die Gesundheit bis zu einem stabilen Klima gehört. Das bringen wir mit Nachdruck in die nationale Sicherheitsstrategie ein, die derzeit erarbeitet wird.

In diesen Wochen berät der Deutsche Bundestag den Haushalt für das Jahr 2022. Der Entwurf der Bundesregierung sieht erstmals eine Reduzierung des Entwicklungsetats vor, während die Verteidigungsausgaben – auch ohne das Sondervermögen Bundeswehr – weiter steigen. Laut Koalitionsvertrag müssen auch der Entwicklungsetat sowie die Mittel für Krisenprävention und humanitäre Hilfe entsprechend anwachsen. Erwarten Sie noch eine Korrektur oder wird die Schere zwischen Verteidigungsausgaben und den Ausgaben in Krisenprävention und Entwicklung weiter auseinandergehen?

Der Etatentwurf der Bundesregierung ist nur ein Zwischenstand. Zwar wird voraussichtlich das Ziel erreicht, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Entwicklungszusammenarbeit zu reservieren. Aber das reicht

nicht – es gibt schließlich eine noch nie dagewesene Häufung von Krisen. Nie war Entwicklungspolitik wichtiger als heute. Der russische Angriff auf die Ukraine kommt ja zur Corona-Pandemie, zum Artensterben und zum Klimawandel noch dazu – und all das ist wiederum verbunden mit Ernährungskrisen und Fluchtbewegungen. Ich erwarte deshalb, im Ergänzungshaushalt zusätzliche Mittel für die Abfederung der Folgen des Ukraine-Kriegs für die Entwicklungszusammenarbeit zu bekommen.

Mehr als 3.000 Menschen haben in den letzten Wochen einen Aufruf an den Bundeskanzler, an den Finanzminister und an Sie unterzeichnet, wie im Koalitionsvertrag vereinbart Deutschlands Rolle bei der Entschärfung internationaler Krisen auszubauen und dazu mehr Mittel für zivile Friedenskräfte bereitzustellen. Werden Sie sich dafür einsetzen?

Wir haben die Strukturen, um zivile Friedenskräfte dort einzusetzen, wo es geht: zur Krisenprävention, Mediation, traumapsychologischer Betreuung, Erinnerungsarbeit

Die Explosion im Beiruter Hafen im August 2020 zerstörte auch große Getreidesilos (siehe Bild). Im Libanon verschärfen die ausbleibenden Getreidelieferungen aus der Ukraine die humanitäre Krise im Land. Ende April reiste die Ministerin Schulze deshalb dorthin, um Hilfszusagen zu machen.



© UN Women, Ibrahim Dirani – Dar Al Mussawir

und Versöhnung. Das sind wichtige Aufgaben, für deren Stärkung und Finanzierung ich mich weiterhin einsetze.

Ihr Ministerium setzt sich für ein besseres Zusammenwirken von humanitärer Hilfe, Entwicklungsarbeit und Friedensförderung in Krisengebieten ein. Was erwarten Sie explizit von Friedensorganisationen in diesem Zusammenhang?

Friedensförderung setzt für uns an den strukturellen Ursachen von Konflikten und Fluchtbewegungen an. Trotzdem muss oft die flexible, schnell wirksame Unterstützung in akuten Krisen gewährleistet werden.

Ein gutes Zusammenwirken kann auf vielen Ebenen entstehen. Das beginnt in der Bundesregierung, und das praktizieren wir. Aber an jeder Stelle ist es nötig, dass die unterschiedlichen Organisationen die Arbeitsweise der anderen kennen, dass sich Fachleute persönlich austauschen, dass es einen Anreiz gibt zur Kooperation. Es geht um einen umfassenden, von uns allen gelebten Kulturwandel.

Wir erleben in vielen Ländern, wie Rassismus und Kolonialismus die Konflikte prägen. Wie fördern Sie antirassistische, dekoloniale Entwicklungszusammenarbeit und entwicklungspolitische Bildungsarbeit?

Als Entwicklungsministerin geht es mir um gute Entwicklungsperspektiven, Solidarität und Gerechtigkeit für alle Menschen weltweit. Unsere Zusammenarbeit orientiert sich – das verstehe ich unter partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf Augenhöhe – an den Interessen und nationalen Entwicklungsplänen unserer Partner, ebenso wie an den Sustainable Development Goals (SDG) und wichtigen internationalen Rahmenvereinbarungen, wie dem Pariser Klimaabkommen.

Mein Anspruch an gute Entwicklungspolitik ist, dass wir gemeinsam mit unseren Partnerländern Antworten auf wichtige Zukunftsfragen finden. Das gelingt dann, wenn wir offen sind für neue Perspektiven, wenn der Dialog mit unseren Partnern transparent und wertschätzend ist. Dazu gehört für mich ein offener, respektvoller und konstruktiver Austausch über Differenzen. Das ist für mich das Gegenteil einer chauvinistischen Haltung, in der nur wir in Europa die fertigen Antworten haben.

Sie setzen sich für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein. Was bedeutet das konkret, auch für Programme wie den Zivilen Friedensdienst?

Feministische Entwicklungspolitik bedeutet, dass wir uns gemeinsam mit vollem Einsatz für gleiche Rechte und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen einsetzen, Ressourcen zur Verfügung stellen und konkrete Wege finden, Frauen und Mädchen zu stärken.

In Programmen wie dem Zivilen Friedensdienst ist es schon längst klar, dass Krisen, Kriege und Konflikte Frauen und Mädchen hart treffen. Zugleich können sie mit der Beteiligung von Frauen nachhaltiger gelöst werden. Mein Eindruck ist, dass die feministische Entwicklungspolitik in zivilgesellschaftlichen Programmen schon Realität ist. Mittlerweile sind mehr als 50 Prozent der nach dem Entwicklungshelfergesetz entsandten Fachkräfte Frauen. Gratulation dazu!

Der Zivile Friedensdienst wird zum Ende dieser Legislaturperiode 25 Jahre alt. Welche Zukunft wünschen Sie dem Zivilen Friedensdienst als verantwortliche Ministerin?

Ich wünsche mir, dass die Kriege in der Ukraine, aber auch im Jemen, Syrien und anderenorts dann lange beendet sind, und der Zivile Friedensdienst in diesen Ländern dazu beitragen kann, nicht nur einen Waffenstillstand, sondern auch den Frieden langfristig zu sichern.

Herzlichen Dank, Frau Bundesministerin.

Die Fragen stellte Christoph Bongard.



Bis zum 31. März haben sich fast 3.000 Menschen an der Aktion des forumZFD beteiligt und den Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz, Finanzminister Christian Lindner und Entwicklungsministerin Svenja Schulze unterzeichnet.

Entwicklungsministerin Svenja Schulze, aus deren Budget der Zivile Friedensdienst finanziert wird, antwortete im Interview auf unseren Appell.

WAS UNS *Hoffnung* MACHT



RUSSISCHE AKTIVIST*INNEN HISSEN NEUE FLAGGE FÜR DEN FRIEDEN

Die russische Nationalflagge ist eine Trikolore in Weiß-Blau-Rot. In der russischen Stadt Weliki Nowgorod protestierten Menschen im März erstmals mit einer Flagge, in der der rote Streifen fehlt und durch einen weißen ersetzt wurde. Kein Blutvergießen mehr durch Russland, forderten sie. Mittlerweile wird die Flagge auch in weiteren russischen Städten sowie von Aktivist*innen im Ausland bei Demonstrationen geschwenkt.



Flaggen: © Станислав Шлыков, CC BY 4.0

Icons: © flaticon.com

GRENZÜBERGREIFENDES FRAUENNETZWERK FÜR FRIEDEN

Die Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e. V. (OWEN), Mitgliedsorganisation im forumZFD, unterstützt seit sechs Jahren im Donbass Friedensaktivistinnen dies- und jenseits der ukrainisch-russischen Grenze. Derzeit ist die Zusammenarbeit zwischen den Frauen, insbesondere seitens der Ukrainerinnen, von Skepsis geprägt. Der Kontakt bleibt aber stabil. Die Frauen wissen: Endloser Hass ist auf Dauer keine Option.



ERFOLGREICHER ZIVILER WIDERSTAND

Das russische Militär hatte die Stadt Slawutytsch nördlich von Tschernobyl besetzt und den Bürgermeister gefangen genommen. Es folgten friedliche Massenproteste, sämtliche Einschüchterungsversuche seitens der Besatzer*innen schlugen fehl. Schließlich kam es zu einer Vereinbarung: Der Bürgermeister wurde freigelassen unter der Voraussetzung, dass sämtliche in der Stadt vorhandene Waffen dem Bürgermeister als Vertrauensperson übergeben würden. Die russischen Streitkräfte konnten so abziehen, ohne Rache befürchten zu müssen.



DIGITALE SCHULE FÜR UKRAINISCHE KINDER IN DEUTSCHLAND

Nach einer oft langen, gefährlichen Flucht in einem fremden Land zur Schule gehen – diesen neuen, schwierigen Alltag müssen viele ukrainische Kinder irgendwie meistern. Dabei hilft die „Digitale Schule“. Die Kinder besuchen eine deutsche Schule, können sich aber zusätzlich per Video dem Unterricht in ihrer Heimat zuschalten. Ebenso können sie ukrainische Lernplattformen im Internet nutzen, die mittlerweile gut ausgebaut sind. Schüler*innen im letzten Schuljahr sollen so möglichst auch ihren Abschluss machen können.



HOFFNUNG STATT ANGST

Nicht nur aus der Ukraine erreichen uns kleine Botschaften des Friedens inmitten des Krieges. Auch aus anderen Ländern, die mit Konflikten zu kämpfen haben, gibt es Geschichten, die uns Hoffnung machen. So steht jeden Freitag der israelische Aktivist Uri Ashi mit einem Schild und einer überlebensgroßen weißen Friedenstaube auf einer Autobahnbrücke in Tel Aviv. Seine Botschaft: Frieden mit den Palästinenser*innen ist möglich. Er bezeichnet sich selbst als ehemaligen Rechten, der die meiste Zeit seines Lebens gegen die Zweistaatenlösung war. Dann machte er sich das „Endlich Nichtraucher“-Konzept zu eigen: Veränderung entsteht nicht durch Angst, sondern durch Hoffnung auf Gewinn, auf Freiheit und Frieden.

Alles ist anders?

Wie der Krieg die deutsche Politik verändert

Von Christoph Bongard

Vier Tage nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Sondersitzung des Bundestags einen Paradigmenwechsel für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik an. Der Krieg markiere eine Zeitenwende, die Welt sei nicht mehr dieselbe, begründete der Bundeskanzler seinen neuen Kurs. Während bei den Rüstungskonzernen die Sektkorken knallten und Befürworter*innen einer stärkeren Aufrüstung auch nicht mit Häme gegenüber der Friedensbewegung sparten, fanden während der ersten Tage und Wochen des schrecklichen Krieges kritische Stimmen in der öffentlichen Debatte kaum Gehör. Welche Kritik gibt es an dem Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheitspolitik? Wie verändert der Krieg die vermeintlich so pazifistische öffentliche Meinung in Deutschland? Und was bedeutet all das für die Friedensbewegung? Annäherung an die ‚Zeitenwende-Debatte‘.

Am 27. Februar rief Bundeskanzler Scholz in einer vielbeachteten Rede vor dem Bundestag die Zeitenwende in der deutschen Sicherheitspolitik aus, während zeitgleich Zehntausende in Berlin für den Frieden demonstrierten.

© Xander Heini, photothek

© Jörg Forns BUND

Angesichts der lautstarken Kritik an der Haltung des Bundeskanzlers in Bezug auf Waffenlieferungen an die Ukraine ist das 100 Milliarden Euro schwere Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr bereits wenige Wochen nach der Ankündigung im Bundestag in den Hintergrund gerückt. Das ist mehr als bedauerlich, denn eine derart weitreichende Entscheidung in der Sicherheitspolitik sollte aus Sicht des forumZFD und vieler anderer nicht ohne eine breite politische und gesellschaftliche Debatte vollzogen werden. „Ein deutsches Aufrüstungsprogramm hilft jetzt weder der Ukraine noch durchbricht es die Eskalationsspirale“, lautete unsere Kritik. Ähnlich argumentierten die Initiator*innen des Aufrufs „Der Appell“, den im März innerhalb weniger Tage fast 50.000 Menschen unterzeichneten (siehe Infokasten).

Seit 2015 wurde der Bundeswehretat sukzessive um 14 Milliarden Euro auf mittlerweile 47 Milliarden Euro erhöht. Was ist mit all dem Geld passiert? Warum ist es nicht gelungen, damit die Armee zu modernisieren, fragt die Friedensforscherin Martina Fischer in ihrem Blog zur ‚Zeitenwende-Rede‘ von Olaf Scholz. Diese Frage stellt auch Max Mutschler vom Bonner Friedensforschungsinstitut BICC. Deutschland habe die Verteidigungsausgaben in den letzten 20 Jahren verdoppelt, die These von der kaputtgesparten Bundeswehr lasse sich durch einen Blick auf die Zahlen also nicht unterstützen. Auch das Argument, höhere Verteidigungsausgaben dienten der Abschreckung Russlands, zieht er in Zweifel: „Selbst wenn man mit kaufkraftbereinigten Zahlen rechnet, geben die europäischen NATO-Staaten (also ohne USA und Kanada) immer noch mehr als doppelt so viel für ihr Militär aus wie Russland“, schreibt Mutschler. Er fürchtet eine noch schnellere Aufrüstungsspirale.

Schließlich haben sich alle EU-Staaten bei einem Gipfel am 11. März zu noch mehr Aufrüstung verpflichtet. Doch es gibt erhebliche Zweifel, dass die Mittel in Zukunft tatsächlich ‚europäischer‘ und damit effizienter investiert werden. Denn mit steigenden Wehretats in allen EU-Staaten wachsen auch die Ansprüche der nach wie vor nationalen Rüstungsindustrien, ihren Teil vom großen Kuchen abzubekommen.

Mehr fürs Militär – weniger für Frieden und Entwicklung

„Wir befürchten, dass diese massive Steigerung der Verteidigungsausgaben zwangsläufig zulasten des zivilen Engagements für Frieden und Sicherheit geht“, erklärte das forumZFD in einer ersten Reaktion auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz

vom 27. Februar. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung von Ende März bestätigte diese Befürchtung: Die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit sollen in diesem Jahr um mehr als zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahr sinken, der Zivile Friedensdienst und andere Programme zur zivilen Krisenprävention erhalten nicht mehr Geld als zuvor. Im Koalitionsvertrag hatte die Ampelkoalition noch versprochen, Deutschlands Rolle bei der Entschärfung internationaler Krisen zu stärken mit mehr finanziellem und personellem Einsatz für zivile Mittel. Und die Gelder für Entwicklung und humanitäre Hilfe sollten mindestens so stark ansteigen wie die Ausgaben für Verteidigung. Diese Versprechen werden jetzt gebrochen, obwohl die Entwicklungsministerin nicht müde wird, zu betonen, dass Entwicklungspolitik nun wichtiger denn je sei: Mit dem Krieg in der Ukraine und seinen globalen Folgen kommt zur Corona-Pandemie, den Kriegen in Syrien, im Jemen oder in Äthiopien eine weitere Krise hinzu.

Ein weiteres Prinzip hat die Koalition beim Thema Waffenlieferungen verworfen: Noch wenige Tage vor dem russischen Angriff hatten der Bundeskanzler ebenso wie die Außenministerin Waffenlieferungen an die Ukraine kategorisch ausgeschlossen. ‚Keine Waffen in Krisengebiete‘, hatten die Grünen noch im Wahlkampf versprochen. „Auf Putins Aggression konnte es keine andere Antwort geben“, begründete Scholz vor dem Bundestag die Kehrtwende beim Thema Waffenlieferungen. Doch nicht nur die Bundesregierung änderte von einem Tag auf den anderen ihre Position, viele Friedensforscher*innen befürworteten die Unterstützung der Selbstverteidigung ▶

Friedensdemonstration am 13. März in Berlin.



„Allesandersplatz – Stop Wars“ steht auf einem Gebäude im Zentrum Berlins, aufgenommen am Rande einer Friedensdemonstration im März.



© Jörg Farys, BUND

werde, China oder Indien zu mehr Engagement für eine diplomatische Lösung zu bewegen. „Natürlich haben die Wirtschaftssanktionen weniger Erfolg, wenn Indien jetzt das ganze billige Gas kauft“, so van Aken.

Die mit Rüstungslieferungen verbundenen Risiken gelten auch im Fall der Ukraine und sind zumindest in einer Abwägung zu berücksichtigen: Einmal ausgeliefert können der Einsatz und die Weitergabe von Waffen von den Gebern in der Regel nur schwer kontrolliert werden. Die UN-Kommissarin für Menschenrechte Bachelet sieht bereits Hinweise für Verletzungen des humanitären Völkerrechts auch durch ukrainische Truppen. Die große Zahl privater Milizen, die an der Seite der ukrainischen Armee kämpfen und ebenfalls Waffen erhalten, wird nach einem

Ende des Krieges eine Demobilisierung und Entwaffnung sehr wahrscheinlich erschweren.

Warum unterstützt die Bundesregierung nicht viel stärker die Organisation des zivilen Widerstands in der Ukraine, fragt sich die Friedensforscherin Véronique Dudouet von der Berliner Berghof Foundation in der tageszeitung. Das sei alles andere als naiv. Die baltischen Staaten haben ausgefeilte Doktrinen für zivile Verteidigung für den Fall eines russischen Angriffs. Auch wissenschaftliche Auswertungen zeigen Dudouet zufolge, dass gewaltfreier Widerstand erfolgreicher sei als gewaltsame Gegenwehr. Als Beispiele nennt sie Masendemonstrationen, die die Moral der Besatzer*innen schwächen, das Abdecken von Verkehrsschildern oder Warenboykotte. All das alleine, könne in der aktuellen Situation den Krieg vielleicht nicht schnell beenden, es könne die russische Regierung aber zu Verhandlungen bewegen. Aus diesen Perspektiven erscheinen deutsche Waffenlieferungen als politische Ersatzhandlung, mindestens jedoch als unzureichend, um einen Beitrag zur Beendigung des Krieges zu leisten. Dennoch dreht sich die öffentliche Debatte seit Wochen allein um genau die Frage, ob Deutschland auch Panzer und anderes schweres Gerät für die Schlachten im Donbas liefert.

der Ukraine mit Waffen aus Deutschland. Das große Bündnis von Friedensbewegung, Klimabewegung und Gewerkschaften, das zu den ersten Großdemonstrationen nach Kriegsbeginn aufrief, konnte in dieser Frage keine gemeinsame Position finden. Anfang April befürwortete eine Mehrheit der Deutschen laut Umfragen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine – eine klare Trendwende in der öffentlichen Meinung, in den vergangenen Jahren lehnten die Befragten mehrheitlich Rüstungsexporte in Krisengebiete ab.

Sind Waffenlieferungen alternativlos?

Doch es gibt auch Kritik an Waffenlieferungen. Das häufigste Argument lautet, dass diese keinen Beitrag zum schnellen Ende des Krieges leisten würden. Einen militärischen Sieg halten auch Befürworter*innen weder für die russische noch für die ukrainische Seite für möglich. Ein Ende des Krieges kann demnach nur über Verhandlungen erreicht werden. Wie man den Kreml zu ernsthaften Verhandlungen bewegt, sei aber keine militärische Frage, erklärt beispielsweise der Außenpolitikexperte Jan van Aken. Seiner Ansicht nach werden auch von der Bundesregierung längst nicht alle Mittel zur Beendigung des Krieges ausgeschöpft. Er kritisiert, dass kaum versucht

Man mag infrage stellen, ob der russische Angriffskrieg wirklich eine „Zeitenwende für die Welt“ (Bundeskanzler Olaf Scholz) markiert. In vielen Ländern außerhalb Europas jedenfalls gibt es eine deutlich distanziertere Sicht auch auf das Agieren der NATO und der EU. Auch im globalen Süden ist die Anteilnahme groß, doch es gibt Kritik an den doppelten Standards des Westens. Andere Kriege und Kriegsverbrechen würden weitaus weniger klar verurteilt. Saudi-Arabien etwa ist seit Jahren am Krieg im Jemen beteiligt, in dem massive Kriegsverbrechen verübt werden, dennoch hat die Bundesregierung noch nie einen Stopp der Ölimporte aus dem Land in Betracht gezogen.

Von Woche zu Woche deutlicher wird jedoch eine ‚mentale Zeitenwende‘ in Deutschland. Der Sozialpsychologe Harald Welzer beobachtet, wie schnell sich längst vergessene geglaubte Kriegsnarrative von starken Männern, die in den Krieg ziehen, wieder durchsetzen: „Hier ist ein Krieg, zu dem man sich ohne jede Differenzierung verhalten kann – glasklar aufgeteilt in unendlich viele Gute und den einen Bösen. In dem völlig unzweifelhaft ist, wer Täter und wer Opfer ist. Wo es keine zwei Meinungen gibt, sondern alles mal endlich eindeutig ist“, schreibt Welzer in einem Beitrag im Stern. Er fügt hinzu: „Wohlgemerkt. Alle meine Sympathie liegt aufseiten der angegriffenen Bevölkerung, absolut keine aufseiten des Aggressors.“ Doch wenn es darum ginge, Krieg vor Entgrenzung zu bewahren, liefere die Story von Gut und Böse ein schlechtes Drehbuch. Eine Logik des „Gewinnen um jeden Preis“ bedeute letztendlich, dass man sich sein Handeln vom Aggressor aufzwingen lasse. Die bedingungslose Solidarität mit der guten Seite führe möglicherweise zu Entscheidungen, die den Raum zum Handeln jenseits der Gewalt verkleinern und nicht vergrößern.

Auch die Friedensforscherin Corinna Hauswedell fürchtet eine ähnliche Entwicklung: „Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse, die der Putin-Krieg erneut nahezuholen scheint, haben wir zuletzt in den 1980er Jahren, der Schlussphase des Kalten Krieges, und wieder nach den Anschlägen vom 11. September 2001 mit dem ‚War on Terror‘ erlebt: mit den bekannten Folgen internationaler Verfeindung, die den Gedanken zu vernebeln droht, dass Sicherheit auf unserem Planeten nur gemeinsam und nicht gegeneinander zu haben sein wird.“

Ruf nach einer erneuerten Friedensbewegung

Wenn nicht in Kriegszeiten, wann dann, braucht es eine starke Friedensbewegung, die sich der Aufrüstung entgegenstellt und in der Gesellschaft und gegenüber der Politik für gewaltfreie Wege zum Frieden eintritt? Der Krieg treibt viele Menschen zu Demonstrationen auf die Straße, die Sehnsucht nach Frieden ist groß, doch eine erstarkte Friedensbewegung ist noch nicht zu erkennen.

Dafür müssten einige Friedensgruppen mit eigenen althergebrachten Feindbildern brechen. Im Falle des Berliner Ostermarschs ist das in diesem Jahr offensichtlich nicht gelungen. Weil der Aufruf den russischen Angriffskrieg mit keinem Wort verurteilte, rief ein Bündnis vor allem syrischer und ukrainischer Gruppen in Berlin zu einem alternativen Ostermarsch auf.

Eine Friedensbewegung wird in Zukunft nur überzeugen können, wenn sie in ihrem Einsatz für Frieden zugleich unmissverständlich solidarisch ist mit den Opfern von Gewalt. Was wir brauchen, ist eine solidarische Haltung, die sich nicht von einer Kriegs- und Sicherheitslogik vereinnahmen lässt, sondern im Sinne einer Friedenslogik die Überwindung der Gewalt anstrebt. Zugleich sollte sie ihren Friedensbegriff weit fassen: Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Die Forderung der Friedensbewegung sollte entsprechend hinausgehen über den Ruf nach Abrüstung und ein „Die Waffen nieder!“. Ein positiver Friedensbegriff ist eng mit den Menschenrechten, dem Streben nach demokratischer Mitbestimmung und sozialer Gerechtigkeit verbunden. Der Weg zu einem positiven Frieden führt über eine Praxis aktiven gewaltfreien Handelns und Zivile Konfliktbearbeitung.

Mit einer derart solidarischen Haltung könnte eine erneuerte Friedensbewegung wachsen, mit der sich wieder mehr Menschen verbinden wollen, allen voran Jugendliche und jene Menschen in Deutschland, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind.

Appell gegen Aufrüstung

Das forumZFD zählt zu den Unterzeichnenden des Appells

„Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“

Sie können ihn hier lesen und unterzeichnen:

www.derappell.de

„Du siehst nicht wirklich die Welt, wenn du nur durch dein eigenes Fenster siehst.“

Ukrainisches Sprichwort



forumZFD



Entschieden für Frieden

forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00
BIC GENODEM1GLS